Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 71 (1984)
Heft: 15: Werterziehung in der (öffentlichen) Schule

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umschau

Kritische Bemerkungen zum neuesten Bericht der Jugendkommission

Peter L. Meier, Chefredaktor der Jugendzeitschrift «schweizer jugend» hat in einem Leserbrief (LNN vom 5. Oktober) kritisch Stellung genommen zum Bericht der Jugendkommission «Erziehung zum Stummsein»:
Vor wenigen Wochen hat die Eidgenössische Jugendkommission auf einer Tagung im Gottlieb-Duttweiler-Institut ihren Bericht über Jugend und Medien in der Schweiz, «Erziehung zum Stummsein», vorgestellt. Medienspezialisten, Journalisten und Vertreter von Jugendverbänden diskutierten nach einem ersten Augenschein des Berichtes die Möglichkeit der Partizipation Jugendlicher in unseren Medien. Als Vertreter der grössten Schweizer Jugendzeitschrift erlaube ich mir zu Tagung und Bericht einige kritische Anmerkungen.
Nachdem die Eidgenössische Jugendkommission ihren Bericht veröffentlicht hatte, wurde dieser zwar ausführlich erläutert, aber niemand fragte danach, welche Jugendmedien es denn überhaupt gibt. Die Kommission selbst verfasste ihren Bericht, ohne auch nur ein einziges in der Schweiz massgebendes Jugendmedium kontaktiert zu haben. Obwohl es da viele Möglichkeiten gegeben hätte: zum Beispiel die Jugendzeitschriften «Spick», «Team» und «schweizer jugend» oder die Verantwortlichen der Ressorts «Jugend» von Radio und Fernsehen.
Die Arroganz der Jugendkommission hat auch auf das Programm der Tagung abgefärbt. Anstelle eines Schweizer-Fernseh-Jugend-Spezialisten, solche gibt es tatsächlich, hat man eine österreichische Medienspezialistin referieren lassen, die von unseren Schweizer Verhältnissen keine Ahnung hat. Schade! Das Thema wäre tatsächlich einmal eine Tagung wert, aber mit anderen Vorzeichen. Die Partizipation der Zielgruppe (der Konsumenten) an einem Medium ist nicht nur eine jugendspezifische Frage. Im Gegenteil, unsere Erfahrung zeigt, dass gerade Jugendliche und Kinder noch viel offener und spontaner reagieren und mitmachen als Erwachsene.
Es ist eine Anmassung, wenn die Jugendkommission in ihrem Bericht den Medien pauschal vorwirft, sie würden die Jugendlichen viel zu wenig zu Wort kommen lassen. Die Jugendmedien kennen kein wichtigeres Ziel, als ihre jugendlichen Partner zu aktivieren, sie schreiben und mitwirken zu lassen. Wenn in dieser Hinsicht bei TV und Radio noch zuwenig geschieht, dann liegt dies weniger am Willen der Programmschaffenden als an der mangelnden Motivation der Jugendlichen. Die Frage lautet: Wie bringen wir die Jungen dazu, besser mitzumachen? Ist es notwendig, dass eine eidgenössische Kommission einen aufwendigen Bericht verfassen muss, bevor man zu dieser einfachen Erkenntnis gelangen kann? Ein Gespräch mit einem betroffenen Medium hätte dasselbe Ergebnis gebracht. Dies, ohne dass man alle Medien in einen Topf hätte werfen und sie unbesehen als undemokratisch und jugendfeindlich hätte deklassieren müssen.
Einer fruchtbaren Diskussion wird mit diesem Bericht ein Bärendienst erwiesen. Dabei wäre diese im Interesse des Verständnisses für die Jugend dringend notwendig. Die Oberflächlichkeit des Berichtes, der Tagung und der Berichterstattung in der Presse gibt zu denken! Werden im Dialog über die Jugend andere Massstäbe angesetzt?

Das Volk wird über den Schulbeginn entscheiden

Der Ständerat hat am 20. September den Weg für eine eidgenössische Volksabstimmung über den Schulbeginn im Spätsommer freigegeben. Mit 24 gegen 12 Stimmen folgte er dem Bundesrat und dem Nationalrat und sprach sich für den Beginn des Schuljahres zwischen Mitte August und Mitte September aus.

Nach den Worten von Bundesrat Alphons Egli fängt damit nicht eine «Strafaktion» gegen die Kantone Zürich und Bern an, die in Volksabstimmungen für den weiteren Schulbeginn im Frühjahr votiert und damit die föderalistische Lösung zum Scheitern gebracht hatten; diese beiden mächtigen Stände mit ihrer «Leaderfunktion» seien vielmehr zu einer «freundeidgenössischen Geste» aufgerufen.

Bedenken
Gegenüber den föderalistischen Bedenken, die in der kleinen Kammer geäussert worden waren, betonte der Vorsteher des Departementes des Innern, dass der Bund nicht eigenmächtig eine Kompetenz mit dauernder Einflussmöglichkeit auf die Schulhoheit der Kantone an sich reissen wolle. Es gehe nur um eine einmalige Umstellung. Das Volk – mit einer Volksinitiative – und drei Stände hätten sich an den Bund gewandt, weil sich der föderalistische Weg als ungangbar erwiesen habe. «Wir bejahen den Pluralismus, aber wo sich Eigenheiten grenzüberschreitend auswirken, bedarf es einer Koordination», sagte Egli.

Schwierigkeiten
Egli erinnerte an die Schwierigkeiten, die für Kinder beim Wechsel in einen anderen Kanton oder beim Übertritt in die Lehre oder in weiterführende Schulen entstehen. Die «unverdächtige» Konferenz der Erziehungsdirektoren und 22 Kantonsregierungen hätten sich daher für eine Vereinheitlichung des Schulbeginns ausgesprochen. Nur noch die Berner und Zürcher könnten sich nicht mit dem Schulbeginn im Spätsommer befreunden. Egli appellierte an sie, gerade aus ihrer Grösse und Stärke heraus das «kleine Opfer» im Dienste der ganzen Eidgenossenschaft auf sich zu nehmen. Zürich und Bern sollten sich vom Verdacht befreien, nur aus Prestigegründen an ihrer Lösung festzuhalten.
Zur Debatte standen eine 1981 von elf Kantonalsektionen der Freisinnig-Demokratischen Partei eingereichte Volksinitiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» und Standesinitiativen der Kantone Luzern, Schwyz und Zug. Sie streben alle eine gesamtschweizerische Vereinheitlichung des Schulbeginns an, ohne einen Zeitpunkt zu fixieren. Diesen Vorstössen hatte der Bundesrat einen Gegenvorschlag gegenübergestellt, laut dem die Kantone fünf Jahre Zeit haben sollen, das Schuljahr zwischen Mitte August und Mitte September beginnen zu lassen, wie dies heute 13 Kantone – darunter alle lateinischen – tun.

Rückzug der Initiative
Die ständerätliche Kommission hatte sich dem Vorschlag der Landesregierung angeschlossen mit der Präzisierung, dass die neue Regelung «für die Zeit des obligatorischen Schulunterrichtes» gelten soll. Dieser Fassung folgte das Plenum mit 24 gegen 12 Stimmen. Die Präzisierung hat zur Folge, dass die Vorlage zur Differenzbereinigung noch einmal vor den Nationalrat muss, der im März mit 123 gegen 31 Stimmen für den Schulbeginn im Spätsommer gestimmt hatte. Die Initianten haben bereits zugesichert, dass sie ihr Volksbegehren zurückziehen, wenn das Parlament dem Gegenvorschlag des Bundesrates folgt.

Und der Kommentar dazu:
Man könnte die Streitfrage um den Schuljahresbeginn als Kirchturmpolitik abtun. In der Sache mag das zutreffen, im Gehalt aber kaum: weil hier Traditionen und Verwurzelungen Hintergrund bilden für klare Äusserungen der Souveräne von Zürich und Bern, die die Datumsfrage eben doch als wichtig und kantonal bedeutungsvoll erachten. Und dieses Ernst- oder Wichtignehmen bleibt – föderalistisch gesehen – entscheidend und nicht das Federgewicht einer «Krokus- oder Herbstzeitlosenpädagogik» an sich. Von daher kann man die welsche Phalanx begreifen, die bis zum Schluss ihre föderalistischen Lanzen entschlossen gesenkt hielten; damit selbstverständlich auch den Abwehrkampf der Zürcher und des einen Berner Ständerates wie den blanken föderalistischen Säbel des Ausserrhoders Carlo Schmid. «Es geht hier um einen Bereich, in dem nicht die Mehrheit gelten, sondern die Veto-Möglichkeit auch eines einzigen Kantons herrschen sollte», so dessen Schlussfolgerung.
Wenn man dennoch an der Notwendigkeit wie Berechtigung einer bundesrechtlichen Lösung der Frage festhalten will, so muss man dafür wichtige Gründe vorlegen können. Die Befürworter eines «Hebammendienstes» durch den Bund wiesen denn auch eine überzeugende Argumentationskette vor: Die Vereinheitlichung über Bundesrecht entspricht nach dem Scheitern des Konkordatsweges dem grossmehrheitlichen Willen der Kantone; auch jener der Westschweiz. Ferner entspricht sie dem Konkordatstext, der einem untragbaren Zustand ein Ende bereiten wollte.
Billigt man aber, wie das die Gegner der Vorlage tun, dem Willen wie der Selbständigkeit der kantonalen Souveräne das bestimmende Gewicht zu, dann bringt gerade die kommende Abstimmung den schulpolitisch von Bern und Zürich abhängigen Kantonen endlich die Möglichkeit zur Willensäusserung. Die gegenwärtige Abhängigkeit ist wohl eher indirekter, wenn auch unbeabsichtigter Schulkolonialismus als Föderalismus.
Es geht aber nicht darum, gegen die Kantone Bern oder Zürich Kanonen aufzufahren, sondern darum, allen kantonalen Souveränen die gleiche Entscheidungsmöglichkeit zu geben. Dass diese Willensäusserung unter dem Dirigentenstock des Bundes erfolgen muss, kann man bedauern, aber die neue und sachlich minimale Bundeskompetenz ist bei weitem das kleinere von zwei Übeln.

Marco Volken in: «Vaterland» vom 21. 9. 84

Jugendbuchpreis 1984 für Emil Zopfi

Der Schriftsteller Emil Zopfi hat kürzlich in Zürich den Schweizerischen Jugendbuchpreis 1984 bekommen. Die Auszeichnung, vom Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerverein gestiftet, gilt Zopfis Gesamtwerk, vorab aber seinen Kinder- und Jugendbüchern.
Zopfi, 1943 geboren, ist im Zürcher Oberland aufgewachsen. Nach der Lehre als Fernmelde- und Elektronikapparatemonteur studierte er Elektrotechnik und arbeitete im In- und Ausland als Systemingenieur. Aus der Welt der Technik kommend, versucht Zopfi vor allem in seinen Kinderbüchern aufzuzeigen, dass die Menschen im Gemüt verkümmern müssen, wenn der blinde Fortschrittsglaube, der Glaube an die Technik, überhandnimmt. Zu den bekanntesten Werken des Schriftstellers gehören «Jede Minute 33 Franken», und «Computer für 1001 Nacht». Zopfi schreibt auch Hörspiele fürs Radio.

Die «neue Disziplin» des Thomas Gordon
Bemerkungen zu einer Tagung in Zürich

An einer Tagung im Hauptgebäude der Universität erläuterte der amerikanische Psychologe Thomas Gordon vor über hundert Erziehern seine Vorstellung von einer «neuen Disziplin». Der Autor von Weltbestsellern wie «Familienkonferenz» und «Lehrer-Schüler-Konferenz» arbeitet zurzeit an einem Buch über dieses Thema. Gordon schlägt einen dritten Weg zwischen autoritärer und «Laisser faire»-Erziehung vor, der auf einer Konfliktlösung «ohne Verlierer» beruht.
In seiner Einleitung wies François Stoll, Professor für angewandte Psychologie an der Universität, auf die Verdienste Thomas Gordons in der Nutzbarmachung und Verbreitung theoretischen psychologischen Wissens hin. Gordon war Student bei Carl Rogers in Chicago, gab aber eine akademische Laufbahn nach nur kurzer Lehrtätigkeit auf, um die von Rogers entwickelten und von ihm ergänzten pädagogischen Techniken in populärwissenschaftlichen Büchern und Kursen unter dem Begriff «Effectiveness Training» an Eltern, Lehrer und Manager zu vermitteln.
Den Anstoss zu seinem jetzt im Entstehen begriffenen Werk gab ihm die in den USA wachsende Tendenz, zur «guten alten Disziplin» zurückzukehren, die von den Kindern und Schülern absoluten Gehorsam verlangt und die die Körperstrafe als Disziplinierungsmittel für Eltern und Lehrer gutheisst. Gordon schreibt den Grund für die Rückkehr zu überwunden geglaubten Erziehungsmethoden nicht zuletzt dem Einfluss Ronald Reagans und radikalreligiöser Gruppen wie der «Moral Majority» zu. Wie er erklärt, wird «Die neue Disziplin» deshalb sein erstes Werk sein, das sich *gegen* jemand richtet.
Gordon wendet sich aber, wie er ausdrücklich betont, nicht gegen die Selbstdisziplin oder Selbstkontrolle und nicht gegen Disziplin an sich, verstanden als allgemein anerkannte Regelungen, das Akzeptieren der Rechte anderer und geordneter Beziehungen, sondern gegen die Disziplinierung durch Strafe, insbesondere durch Körperstrafe. Diese habe, so erklärte Gordon, im Endeffekt nur negative Auswirkungen. Untersuchungen in den USA hätten ergeben, dass Jugendliche, die unter extremer Verwendung der Körperstrafe erzogen worden sind, selbst zur Gewalttätigkeit neigen, mehr Schwierigkeiten in ihren sozialen Beziehungen haben und ganz allgemein weniger fähig sind, sich selbst zu kontrollieren und für sich selber Verantwortung zu tragen.
Gordons «neue Disziplin» beruht im wesentlichen auf den bekannten Techniken, die er bereits in seinen früheren Büchern unter Begriffen wie «aktives Zuhören», «Problemlösungsprozess» und «demokratische Konfliktbewältigung» vorgestellt hat. Ihnen liegt das Idealbild einer Beziehung zwischen Lehrer und Schülern, Eltern und Kindern zugrunde, bei der alle Partner gleichberechtigt partizipieren und niemandem eine Entscheidung aufgezwungen wird, die er nicht akzeptieren kann.
Die Tagungsteilnehmer, vornehmlich Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen, diskutierten in Workshops unter der Leitung von Mitarbeitern des organisierenden «Lehrinstituts für pädagogisches Verhalten» (Windisch) das Modell und dessen Konsequenzen in der praktischen Unterrichtsarbeit.

ese in:
NZZ vom 16.10.84

Der Informatikunterricht in den Schulen
Umfrage, Stand und Empfehlungen

Nachdem das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) am 10. September ein Vernehmlassungsverfahren u.a. über die Verankerung von Informatik im Mathematiklehrplan der Mittelschulen eingeleitet hatte, befasste sich am 12. September in Bern auch eine Studientagung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) mit dem Thema Informatik in den Schulen. Das vom EDI eingeleitete Vernehmlassungsverfahren betrifft die Vorschläge zu einer Teilrevision der Maturitätsanerkennungsverordnung.
An der EDK-Studientagung wurden Vorschläge zuhanden der EDK-Hauptversammlung vom 25./26. Oktober ausgearbeitet. Wie der Sachbearbeiter, Jürg Reinmann, in Bern erklärte, soll die Hauptversammlung empfehlen, was auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene zu unternehmen sei, um die Informatikschulung zu begünstigen.
Bei einer Umfrage in den 26 Kantonen und Halbkantonen wurde festgestellt, dass in der Sekundarstufe II der 24-Stunden-Unterricht in Informatik mit wenigen Ausnahmen als Minimalprogramm einen festen Platz eingenommen hat. Teilweise ist Informatik obligatorisch; in der Regel wird sie in Fortsetzungs- und Vertiefungskursen als Fakultativfach angeboten. Angestrebt wird ein Ausbau des Angebotes und eine Umwandlung der Fakultativkurse in ein obligatorisches Fach.
Bei den Berufsschulen wirkt sich das berufsspezifische Bedürfnis nach Informatik im unterschiedlichen Einführungsstand aus. Die höheren technischen Lehranstalten und Wirtschaftsschulen haben den Anschluss an den Entwicklungsstand der Informatik erreicht. Auf der Lehrlingsstufe ist das Angebot bei Berufsmittelschulen und höheren Handelsschulen grösser als bei gewerblich-industriellen und kaufmännischen Berufsschulen. Geplant ist, im Rahmen des allgemeinbildenden Unterrichts in einer für alle Berufe identischen Einführung ein Grundwissen zu vermitteln.
In der Volksschule erinnert der heutige Stand an die Situation in den Mittelschulen vor rund zehn Jahren. Vielerorts bieten einzelne Lehrer Informatik als Freifach an. In einigen Kantonen sind Pilotprojekte

mit Klassen des letzten obligatorischen Schuljahrs im Gange. Damit soll geklärt werden, wie Informatik auf der obligatorischen Schulstufe allgemein Eingang finden soll.
In beinahe allen Kantonen werden zudem Einführungskurse für Lehrer in unterschiedlicher Zahl durchgeführt. Auch hier soll das Kursangebot ausgebaut werden. Der EDK ist aufgefallen, dass die Impulse zu Versuchen und Projekten oft von einzelnen aktiven Persönlichkeiten ausgehen.

Weniger Schüler werden in kleineren Klassen unterrichtet

Die Schülerzahlen in der Schweiz sind auch 1983/84 weiter zurückgegangen: Mit 771000 Schülern lag der Gesamtbestand um 26500 oder 3 Prozent unter jenem von 1982/83. Die Periode des starken Schülerschwundes nähere sich damit wahrscheinlich dem Ende, heisst es dazu in einer Mitteilung des Bundesamtes für Statistik (BfS).
Gemäss ersten Auswertungen der Schülerstatistik 1983/84 durch das BfS entfielen von den 771000 Schülern deren 399000 (– 4 Prozent) auf die Primarstufe, 339000 (– 2 Prozent) auf die Sekundarstufe I und 33000 (– 5 Prozent) auf die Sonderschulen. Die Zahl der Erstklässler war 1983/84 erneut rückläufig. In der obligatorischen Schule wurden neu 68400 Kinder eingeschrieben, d.h. 600 weniger als im Vorjahr. Verglichen mit früheren Jahren hat sich der Rückgang damit verlangsamt. Aufgrund der Geburtenzahlen dürften die Schuleintritte laut BfS in den nächsten drei Jahren nur noch schwach abnehmen und danach wieder leicht ansteigen.
Während die Schülerzahlen um 3 Prozent abnahmen, verringerte sich die Zahl der Schulklassen gegenüber dem Vorjahr nur um 1 Prozent oder rund 400 auf 35500.
Auffallend ist dabei der starke Rückgang der grössten Klassen (29 und mehr Schüler) um ein Drittel von 900 auf 600 sowie der grossen Klassen (25 bis 28 Schüler) von 4900 auf knapp 4100. Gleichzeitig stieg die Zahl der kleinen Klassen (unter 17 Schüler) von 6300 auf 7100 oder auf einen Anteil von 20 Prozent. Zwei Drittel aller Klassen zählten 17 bis 24 Schüler; mit 23800 war ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert.
Regionale Unterschiede
Im schweizerischen Mittel bildeten auf der Primar- und Sekundarstufe I rund 20 Schüler eine Klasse. Von Kanton zu Kanton gibt es indessen beträchtliche Unterschiede. Auf der Primarstufe fanden sich im französisch- und italienischsprachigen Landesteil mehrheitlich kleinere, in der Ostschweiz grössere Klassen als im Landesdurchschnitt. Das höchste Mittel (Appenzell Innerrhoden) lag bei 23, das niedrigste (Jura) bei 17 Schülern. Auf der Sekundarstufe I waren die Verhältnisse gerade umgekehrt.

AGFA-GEVAERT Agfa

FOTOKURSE

In unseren Schulungsräumen in Dübendorf finden folgende Weiterbildungskurse für Schul- und Jugendfotografie statt:

Kurs 1 — 2 Tage
Fotografie im Bildungsauftrag der Schule
- theoretische Grundlagen der SW-Fotografie
- räumliche, apparative und personelle Voraussetzungen
- Stoffplanung vom 1. bis zum 9. Schuljahr
- praktische Übungen von der Aufnahme bis zum fertigen Bild (in Schwarzweiss)

Kurs 2 — 2 Tage
Farbfotografie
- Grundschulung in Theorie und Labortechnik über das Negativ-Positiv-Verfahren

Kursdaten
Dezember 1984 und Januar 1985

Kursprogramm
Mit untenstehendem Talon anfordern. Sie erhalten dann ein detailliertes Kursprogramm und die Kursdaten.

Einsenden an: AGFA-GEVAERT AG, Abt. VP, Postfach 738, 8600 Dübendorf

Ich interessiere mich für ☐ Kurs 1 ☐ Kurs 2

Senden Sie mir bitte die Unterlagen an folgende Adresse:

Name/Vorname
Strasse/Nr.
PLZ/Ort
Tel.

S